

Sie haben es nicht geschafft und wollen es nicht schaffen

So könnte man zwei Artikel auf <https://deutsch.rt.com> zusammenfassen, die sich kritisch und natürlich politisch unkorrekt mit der deutschen Flüchtlingspolitik unter Kanzlern Merkel beschäftigten. Frau Merkel hatte 2015 die Massenmigration nach Deutschland, Österreich und Schweden ausgelöst als sie auf die Dublin-Regel verzichtete und damit Syrer aufforderte, direkt nach Deutschland zu migrieren und dazu noch völlig überheblich verkündete "wir schaffen das". Was sich dann als unschaffbar herausstellte, Österreich hatte Ende 2015 die Zahl der Einwanderer auf 90.000 geschätzt und die EU-Zahl der Asylanten war dann 88.800, die BRD schätzte auf 1,1 Millionen, die EU-Zahlen lauteten auf 476.000 und die BRD brauchte bis zum September 2016 um den Zustrom zu registrieren. darum ließ die Angelika "wir schaffen das" im Dezember 2016 wissen, 2015 dürfe sich nicht wiederholen. Dass es 2015 ohne die Einfalt der Frau Merkel gar nicht gegeben hatte, davon redete sie nicht. Und die politisch überaus überkorrekten deutschen Medien redeten und schrieben auch nicht wirklich kritisch darüber, Merkel blieb dadurch viel besser platziert als sie es verdient hätte...

Keine Abrechnung mit Merkel - das CDU-"Werkstattgespräch" zum Thema Migration

So war der erste Titel von RT, er stammt vom 11.02.2019

Fast vier Jahre nach Beginn der Flüchtlingskrise debattiert die CDU in einem "Werkstattgespräch" erstmals offen über Asylpolitik. Damit will die Parteiführung verhindern, dass das Thema für die Partei ein unbewältigtes Trauma wird - wie Hartz IV für die SPD.

CDU und CSU wollen die deutsche und europäische Migrationspolitik nach ihrem schweren Streit der vergangenen Jahre im Schulterschluss reformieren. CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer und Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) betonten zum Auftakt eines zweitägigen "Werkstattgesprächs" der CDU zu Migration, Sicherheit und Integration am Sonntag in Berlin, eine Situation wie beim Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015 dürfe sich nicht wiederholen. Während Kramp-Karrenbauer warnte, mit nationalen Maßnahmen die europäische Einheit zu gefährden, forderte Herrmann eine bessere Kontrolle des Zuzugs nach Deutschland.

Kramp-Karrenbauer sagte, es sei immer Aufgabe der CDU gewesen, funktionierende Lösungen auf nationaler Ebene zu finden und den Markenkern Sicherheit zu garantieren. Dadurch dürfe aber ein zweiter "Schutzmantel, den wir brauchen, nämlich ein starkes und funktionierendes Europa", nicht aufgegeben oder gefährdet werden. Dieser Spagat müsse auch in Zukunft gewährleistet werden.

Deutschland sei als starker und wohlhabender Staat in der Mitte Europas Ziel von Zuwanderung, aber auch das starke Zentrum in Europa, sagte Kramp-Karrenbauer. "Alles, was wir tun, auch in einem nationalen Kontext, hat unmittelbare Auswirkungen auf die Diskussionen auch innerhalb anderer europäischer Staaten."

Diese Äußerungen konnten auch als Signal an Kanzlerin Angela Merkel (CDU) verstanden werden, die im tiefen Zerwürfnis mit dem damaligen CSU-Chef Horst Seehofer im vergangenen Sommer davor gewarnt hatte, die europäische Einheit durch nationale Alleingänge zu gefährden. Kramp-Karrenbauer hatte das "Werkstattgespräch" vor ihrer Wahl Anfang Dezember angekündigt. Sie will verhindern, dass der Streit über den Migrationskurs ihrer Vorgängerin Merkel für die Union zum ähnlich belastenden Trauma wird wie die Hartz-IV-Reformen für die SPD.

An diesem Montag sollen die rund 100 geladenen Praktiker und Wissenschaftler in vier Arbeitsgruppen Handlungsempfehlungen für Parlament und Regierung erarbeiten. Merkel ist bei der Veranstaltung nicht dabei. Damit soll auch eine offene Diskussion ermöglicht werden. Kramp-Karrenbauer steht bei dem "Werkstattgespräch" vor einem Spagat: Enttäuschte Mitglieder dürften von ihr eine Distanzierung von Merkel erwarten. Die neue Vorsitzende wird ein Scherbengericht über ihre Förderin Merkel aber vermeiden wollen.

Womöglich angesichts dieses Drucks unterlief Kramp-Karrenbauer bei der Begrüßung ein Lapsus. Nachdem sie erklärt hatte, dass man sich mit der Frage befassen wolle, ob die Maßnahmen in der Migrationspolitik ausreichten, um eine Situation wie bei der Flüchtlingskrise 2015 zu verhindern, sagte sie: "Ich freue mich insbesondere, dass wir dies nicht nur als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten heute Abend hier unter uns tun, sondern dass wir dies gemeinsam mit Freundinnen und Freunden der CSU tun."

Als daraufhin Gelächter ausbrach und sie zugerufen bekam, dass es doch um Christdemokraten gehe, korrigierte sich Kramp-Karrenbauer und sagte, ihr Versprecher habe "etwas damit zu tun, dass die Sozialdemokraten zur Zeit gerade dabei sind, ein großes Trauma ihrer Partei, nämlich das Thema Hartz IV aufzuarbeiten. Insofern: Schöne Grüße an die Sozialdemokraten, die an anderer Stelle tagen."

Kramp-Karrenbauer betonte, die Migration bestimme zwar die Schlagzeilen nicht mehr so, wie dies vor zwei oder drei Jahren der Fall gewesen sei. Aber das Thema sei nach wie vor da, in Deutschland und auch in Europa. In den drei Jahren von 2015 bis 2017 spreche man von einer Gesamtmigration von rund 4,5 Millionen Menschen. Darunter seien 2,5 Millionen Menschen aus der EU-Binnenwanderung, 1,5 Millionen Flüchtlinge und Asylbewerber sowie 0,5 Millionen Menschen aus der Erwerbs- oder Bildungszuwanderung.

Herrmann sprach sich für eine bessere Kontrolle des Zuzugs aus. Es sei eine gute Idee, Reisende ähnlich umfassend zu registrieren wie in den USA. Er stellte sich damit hinter in der EU geplante Regeln für ein neues "Europäisches Reiseinformations- und Genehmigungssystem" (Etias). Demnach sollen Nicht-EU-Bürger, die von der Visumpflicht befreit sind, vor der Einreise in die EU eine Reisegenehmigung einholen müssen. Ziel ist eine Sicherheitsprüfung vor dem Betreten des Schengenraums. Herrmann wies Kritik zurück, damit würden neue Hürden aufgebaut: Solche Kontrollen seien der Normalzustand in jedem halbwegs funktionierenden Land der Welt.

Zum Start ins Wahljahr mit der Europawahl Ende Mai und schwierigen Landtagswahlen im Osten im Spätsommer und Herbst forderte Herrmann ein Signal für einen starken Staat. Es treffe eine wesentliche Emotion, wie stark das Vertrauen in den Staat und die Demokratie sei. Dies sei auch eine Frage der kulturellen Identität des Landes. Die Menschen wollten zudem spüren, dass auch die christliche Prägung Deutschlands nicht über Bord geworfen werde. "Wir lieben unser deutsches Vaterland, so wie es ist", sagte der CSU-Politiker.

Herrmann und der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl wandten sich gegen den Eindruck, es gehe um eine Abrechnung mit der Politik Merkels. "Wir sollten aus den starken Verlusten der SPD lernen: Es bringt nichts, sich ewig mit der Vergangenheit aufzuhalten", sagte Herrmann beim Eintreffen. Strobl betonte, es werde "ganz sicherlich überhaupt gar kein Scherbengericht" für Merkel geben. "Wir richten den Blick nach vorne."

In der anschließenden Diskussionsrunde plädierte der Migrationsforscher Gerald Knaus, der das EU-Türkei-Abkommen von 2016 mitentwickelt hatte, dafür, dass Deutschland gemeinsam mit anderen europäischen Ländern Aufnahmelager am Mittelmeer einrichten und Migranten von dort nach schnellen Asylverfahren in ihre Herkunftsländer zurückschicken solle.

Aus dem Publikum meldete sich der Chef des Bundesamts für Migration (Bamf), Hans-Eckhard Sommer, zu Wort und regte an, die rechtlich starke Stellung von Bürgerkriegsflüchtlingen in Europa zu überdenken. Kramp-Karrenbauer erklärte zum Abschluss der Expertendiskussion: "Es könnte durchaus ein Format werden, das in der CDU noch häufiger zur Anwendung kommt."

Teilnehmer bewerteten die Veranstaltung dagegen kritisch. Wissenschaftler hätten die Debatte mit theoretischen Diskussionen bestimmt, die an der Lebenswirklichkeit vorbeigingen. Praktiker aus Verwaltung und Polizei, die tagtäglich mit den tatsächlichen Problemen konfrontiert sind, seien erst kurz vor Ende der Veranstaltung zu Wort gekommen. Bei der Fortsetzung des "Werkstattgesprächs" am Montag bleibt die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Ob es Kramp-Karrenbauer mit Veranstaltungen dieser Art tatsächlich gelingt, die Partei zu befrieden, ist wenigstens fraglich. Reaktionen in den sozialen Netzwerken legen den Schluss nahe, dass das sonntägliche "Werkstattgespräch" eher als "Beruhigungsspiel" denn als ehrliche Aufarbeitung der Vergangenheit wahrgenommen wird.

Kramp-Karrenbauer: "Wir müssen alles daransetzen, dass sich so etwas wie 2015 nicht wiederholt"

So war der zweite Titel von RT, er stammt vom 12.02.2019

Mit einem "Werkstattgespräch" versucht die CDU-Führung, ein heikles Thema abzuräumen - die Flüchtlingspolitik Angela Merkels von 2015. Unterdessen versichert die SPD, nach ihrem sozialpolitischen Schwenk an der Koalition mit der Union festhalten zu wollen.

Die CDU-Spitze will sich und das Land mit weiteren Verschärfungen in der Migrationspolitik für einen möglichen neuen Flüchtlingsansturm wappnen. Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer sagte am Montag in Berlin: "Wir müssen alles daransetzen, dass sich so etwas wie 2015 nicht wiederholt."

In dem Ergebnispapier des sogenannten Werkstattgespräches zum Thema Migration schreibt die CDU-Führung: "Wir müssen deutlich machen: Wir haben unsere Lektion gelernt... Wir müssen Humanität und Härte vereinen."

Am Ende des Werkstattgesprächs, an dem etwa hundert Politiker, Experten und Praktiker teilnahmen, stand ein Papier mit Forderungen und Vorschlägen. So soll etwa ein "Migrationsmonitoring" künftig früh auf "Migrationsbewegungen und entstehende Brennpunkte" hinweisen. Auch das soll helfen, eine Situation wie 2015 zu verhindern, als Hunderttausende Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak weitgehend unkontrolliert nach Deutschland eingereist waren.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) war bei dem Treffen nicht dabei. Das sollte laut CDU eine offene Diskussion ermöglichen. Tatsächlich hatte Merkel es in der Vergangenheit wiederholt als Zeitverschwendung abgelehnt, sich noch einmal mit den Entscheidungen von 2015 zu befassen. Kramp Karrenbauer wollte mit dem Werkstattgespräch verhindern, dass der Streit über den Migrationskurs ihrer Vorgängerin als CDU-Chefin für die Union zu einem ähnlichen Trauma wird, wie die Hartz-IV-Reformen für die SPD.

Die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles bekannte sich derweil klar zur Fortsetzung der großen Koalition mit CDU und CSU - trotz des Beschlusses für einen Bruch mit dem bisherigen Hartz-IV-System. Die Sozialpläne der SPD

stoßen in weiten Teilen der Union auf Ablehnung. Die CDU will das Thema an diesem Mittwoch im Koalitionsausschuss zur Sprache bringen.

Nach jahrelangen Debatten hatte die SPD-Spitze am Wochenende dafür gestimmt, das Hartz-IV-System abzuwickeln und stattdessen ein "Bürgergeld" einzuführen. Es ist allerdings fraglich, ob es sich dabei wirklich um einen Systemwechsel oder nur um eine Modifizierung und Umbenennung des Bestehenden handelt.

Nahles sagte am Montag zum Abschluss einer Klausurtagung der Parteispitze, die Entscheidung des SPD-Vorstands für ein neues Sozialstaatskonzept habe nichts mit der Arbeit in der Regierung zu tun. "Das war null Thema", so Nahles mit Blick auf ein eventuelles Ende der großen Koalition.

Die SPD versucht, mit sozialer Politik aus dem Umfragetief zu kommen. Zugleich betonte sie, dass man versuchen wolle, einiges von dem Konzept auch mit der Union umzusetzen. Dieses sieht unter anderem weniger Sanktionen für Hartz-IV-Empfänger bei Auflagenverstößen vor. Die Finanzierung ist bisher unklar. Möglich sind mittelfristig eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Wiedereinführung einer Vermögensteuer.

Nahles steht innerparteilich enorm unter Druck. Sollte die SPD bei den in den nächsten Monaten anstehenden Wahlen Niederlagen einstecken, dürfte sich die Parteiführung nicht mehr halten können. Auch der Druck, die Koalition zu verlassen, dürfte in diesem Fall wachsen. Nahles' innerparteilicher Konkurrent und Vorgänger Sigmar Gabriel hatte zuletzt ein mögliches Ende der Koalition mit der Union ins Spiel gebracht¹.

Zum "Werkstattgespräch" meinte die "Tagesschau am 11.2.:

Viele hatten die große Abrechnung mit der Kanzlerin erwartet. Die wurde es beim "Werkstattgespräch" der CDU zwar nicht - mit dem Thema Flüchtlingspolitik hat die Partei aber noch lange nicht abgeschlossen. (...)

Das Werkstattgespräch war Kramp-Karrenbauers Idee. Ihr Versprechen: die Flüchtlingspolitik der CDU aufzuarbeiten - vor allem die Entscheidung ihrer Amtsvorgängerin Angela Merkel, im Herbst 2015, auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise, die Grenzen nicht zu schließen. Hunderttausende Menschen kamen damals nach Deutschland. "Was haben wir seit damals eigentlich gelernt und verändert?", fragte Kramp-Karrenbauer. "Und würde das ausreichen, um so etwas wie 2015 auch in der Zukunft zu verhindern? Denn das ist das erklärte Ziel, das wir alle miteinander haben." Die CDU hatte vier Experten eingeladen, die sich dieser Fragestellung knapp zwei Stunden lang aus unterschiedlichen Perspektiven näherten. (...)

Das Gespräch war keine bloße Rückschau, keine ideologisch geführte Debatte, sondern ein praktisch-realistischer Blick nach vorn. Basierend auf der Feststellung des Politikwissenschaftlers Egbert Jahn, dass Flüchtlingspolitik "ein Dauerthema wie Gesundheitspolitik oder Rentenpolitik" bleibe. "Es lässt sich nicht abschaffen."

Wie aber funktionieren Steuerung und Begrenzung von Migration am besten? Nur mit einer Mischung aus Humanität und Härte, erklärte Daniel Thym, Völkerrechtler der Universität Konstanz: "Wir müssen Wege finden, dass wir diejenigen, die Schutzbedarf haben, Schutz geben, und dass wir diejenigen, die keinen Schutzbedarf haben, zurückführen und verhindern, dass sie überhaupt nach Europa kommen."

Eine praktische Voraussetzung dafür seien schnellere Asylverfahren, sagte Thym. Bei der Integration müsse man klar zwischen Flüchtlingen mit und ohne Bleibeperspektive unterscheiden.

Und schließlich: Deutschland könne die Herausforderungen der Migration nicht allein stemmen, sondern müsse mit anderen EU-Ländern eine Koalition der Willigen bilden - mit Spanien, Frankreich, mit den Niederlanden beispielsweise, wie der Vorsitzende der Europäischen Stabilitätsinitiative, Gerald Knaus, forderte. Sein Vorschlag: Ein Aufnahme- und Asylenzentrum im Mittelmeerraum, "für alle, die jetzt noch kommen, die gerettet werden, die wir irgendwo hinbringen". Dort sollen die verfahren inklusive Berufung innerhalb von zwei Monaten abgehalten werden.

Zu einer Abrechnung mit Merkel, die einige befürchtet hatten, geriet der Abend nicht. Sie selbst war ohnehin nicht anwesend. Wie sehr das Thema Migration aber vielen CDU-Anhängern unter den Nägeln brennt, verdeutlichten die Anmerkungen aus dem Publikum, wie die von Tilman Kuban, Chef der Jungen Union in Niedersachsen. Er glaube, "dass es eine Debatte ist, die ganz Deutschland bewegt, die auch die CDU in ihrer Gesamtheit bewegt. Und von daher glaube ich, dass wir diese Debatte weiterführen müssen, auch mit der Parteibasis."

Soweit aus der Tagesschau. Man tanzt also weiterhin Träume! Eine Koalition der Willigen hat es bisher nicht gegeben und außer der Frau Merkel war in der Politik niemand so naiv und weltfremd, bestehende Regelungen aufzuheben und quasi eine unbegrenzte Einladung auszusprechen, die angeführten "Willigen" hatten von 2015 bis 2017 auf die Einwohner gerechnet nur Bruchteile der deutschen Migrantenzahlen, Frankreich 20%, die Niederlande 27 % und Spanien 7 %, 2018 liegen diese vermeintlichen Willigen auch deutlich hinter der BRD. Von 2015 auf 2016 ist die Zahl der Asylwerber nur gering gesunken, 2017 halbierten sich die Zahlen und 2018 gab es nur einen geringfügigen Rückgang gegenüber 2017. Was bedeutet: fast die Hälfte von 2015 gibt's immer noch!

Es wurde nicht geschafft, diese Völkerwanderung tatsächlich einzubremsen...

¹ "Wenn's kein Sinn macht, muss man gehen" - <https://deutsch.rt.com/inland/83917-wenns-kein-sinn-macht-muss-man-gehen-gabriel-stellt-grosse-koalition-in-frage/>